

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition Berlin SO 16
Wustertshausener Str. 15 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentl. Beilage, die Sanitätskarte 6 Mk.

Die Moskauer Internationale und die deutschen Gewerkschaften.



Eigenwärtig lobt in den Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands ein heftiger Meinungskampf über die Anschlussbedingungen der Moskauer 3. Internationale. Getreu unserer bisherigen Stellungnahme gedenken wir in diesem engeren Parteistreit auch weiterhin diejenige Zurückhaltung zu üben, die uns geboten erscheint, um unter allen Umständen die gewerkschaftliche Einheitsfront in unsern Reihen aufrechtzuerhalten.

Wir können das um so eher tun, als wir von den politisch interessierten Kollegen wissen, sie verfolgen diese Differenzen in der ihnen naheliegenden politischen Presse ohnehin genau, und es ist zu erwarten, daß sie die daraus sich ergebenden Konsequenzen im Rahmen der politischen Organisation ziehen werden. Es gibt jetzt viele Stimmen, die von einem Wiedergenesungsprozeß der deutschen Arbeiterschaft sprechen und von einer Klärung innerhalb der U.S.V.D. gleichzeitig eine bessere Aktionskraft der deutschen Arbeiterklasse erwarten, als sie sich z. B. beim Dapp-Butsch in seiner politischen Auswertung, oder auch beim Württemberger Generalstreik und zahlreichen ähnlichen Vorgängen unverkennbar gezeigt hat.

Mag man politisch überhaupt gleichgültig sein — wie das leider noch immer bei Zehntausenden unserer Kollegen festzustellen ist! — mag man U.S.V.D. oder U.S.P.D. (für oder gegen Moskau), mag man R. P. D. der zwei oder drei verschiedenen Richtungen, oder schließlich R.A.P.D.-Anhänger (die sich noch wieder in mindestens vier Gruppen spalten!) sein, eins ist nicht aus der Tatsachewelt zu diskutieren: der dauernd wachsende Einfluß des Unternehmertums, die dauernd steigende Profitrate und auf der anderen Seite die schwächer gewordene Aktionskraft der deutschen Arbeiterklasse.

Es hat auch keinen Sinn, wenn man diese Tatsachen zugestehet und sich in gegenseitigen gehässigen Lamentos darüber ergeht, wer der Schuldige ist!

Nach unserer, an dieser Stelle wiederholt ausgesprochenen Ueberzeugung sind wir alle mitschuldig, und wenn noch das marxistische Denken mehr ist als ein viel mißbrauchtes Schlagwort, der kann nur immer wieder darauf hindrängen, bei allen Diskussionen die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht außer acht zu lassen.

Gewiß, der Sozialismus bedarf in diesen Tagen, da alles Advant, einer schiefen Grundlage, und der Glaube, d. h. die Ueberzeugung von seiner Durchführbarkeit ist trotz allen Parteigezänkens in den letzten Jahren gewaltig und erfreulich im Wachstum Millionen, die stumpf und hartes Arbeitslos auf sich nahmen, sind erwacht und wollen nicht dauernd auf erträgliche Lebensverhältnisse verzichten.

So befinden wir uns in einem Gärungsprozeß, der in seinen äußeren Begleiterscheinungen viel Unerfreuliches aufweist, uns aber doch sicher vorwärts bringt, wenn wir die wirtschaftliche organisatorische Einheit unserer Gewerkschaften aufrechtzuerhalten vermögen.

Die bisherigen Zersplitterungsbestrebungen auf gewerkschaftlichem Gebiet sind über das Epitaphenbaste fast nirgends hinausgekommen. Syndikalisten, Defalisten, Unionisten haben wohl an einzelnen Orten — meist aus Gründen verärgertes Wertstimmung — vorübergehende „Erfolge“ erzielt, im Kernpunkt sind die deutschen Gewerkschaften heute noch immer geschlossen, und die 8 1/2-Millionenzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beweist uns die gesunde Grundlage, auf der wir soweit emporgekommen sind.

Dabei wollen wir durchaus nicht verkennen, daß vieles in unserem gewerkschaftlichen Aufbau der Umgestaltung und Verbesserung bedarf. Die Tatsache, daß 12 bis 15 Großgewerkschaften etwa 85 Prozent der Gesamtmitglieder umfassen und die übrigen 85 Verbände nur ganze 15 Prozent, beweist u. G., daß baldmöglichst dem seit fast zwei Jahrzehnten gepredigten Gebanten größerer gewerkschaftlicher Konzentration mehr Rechnung getragen werden muß. Natürlich soll man nicht etwa die alleinige Schuld bei den „Führern“ suchen, sondern — wie die neuere Urabstimmung bei den Kupferschmiedem wiederum zeigt — die breite Masse der Mitglieder denkt noch lange nicht genügend fortschrittlich auf diesem Gebiet. Die Betriebsorganisationen der Eisenschmied, Gemeindegewerkschaften usw. haben trotz ihrer weit stärker in die Augen springenden Erfolge noch immer nicht genügend Anerkennung und Nachahmung gefunden. Wohl haben Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter in letzter Zeit starke Verdienste abgelegt für die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte in den beteiligten Industrien, bis zur praktischen Durchführung ist noch immer ein weiter Schritt.

Das zweideutige Zwittergebilde „Deutscher Beamtenbund“ hat sich bislang auch noch immer um seine Stellung zu den freigewerkschaftlichen Grundtagen herumgedrückt. Hier ist alsbald eine Klärung nötig, die es den wirklich freigewerkschaftlich gesinnten Beamten und Angestellten ermöglicht, eine klare Wahllinie einzunehmen sei es auf neuer organisatorischer Grundlage, sei es im Rahmen der bestehenden Beamtenorganisationen.

Wehr geträut ist das Verhältnis zu den Betriebsräten. Wohl wird neuerdings wieder die Wahl „politischer Betriebsräte“ stark propagiert, trotzdem daß für deren Anhänger so maßgebliche Rückland sie fast ganz abgekehrt hat! Im ganzen bleibt aber doch die Auffassung bei uns zu Recht, daß die wirtschaftlichen Betriebsräte in inniger Verbindung mit den freien Gewerkschaften

arbeiten müssen, sollen sie nicht zur Ohnmacht verdammt sein! So läßt der Betriebsrätekongreß vom 5. und 6. Oktober 1920 uns auch erwarten, daß diese klar vorgezeichnete Entwicklungslinie innegehalten wird.

Es verblieb in der trüben politischen Wirrnis unserer Zeit die Hoffnung auf die geringe Aktionskraft der gewerkschaftlichen Verbände nicht nur in Deutschland, sondern auch der neu fundierten Gewerkschaftsinternationale mit dem Sitz in Amsterdam. Zwar war der Popstott gegen Vorkrieg zum Mißerfolg verdammt. Vielleicht, weil die Vorbereitungen nicht genügend praktisch durchdacht waren. Günstiger scheint die neue Aktion gegen das reaktionäre Polen und zum Schutze von Sowjet-Rußland auszufallen. Jedenfalls sind hier Kräfte am Werk, die vielversprechend und erfolgversprechend sein können, wenn nicht auch hier der Spaltbazillus seine unheilvolle Tätigkeit entfaltet. Und merkwürdigerweise ist es gerade die Moskauer 3. Internationale, die mit dem ungeschriebenen Motto zu arbeiten scheint: „Alle Macht der gesamten Arbeiterklasse aller Länder in unsern Händen oder — gar keine Macht!“

Wie gesagt, wir haben kein Bedürfnis, uns in den etwas müßigen politischen Chorus über Moskau einzulassen, aber wir halten es für unsere Pflicht, klar und ungewisheitig gegen den Versuch Stellung zu nehmen, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bei der deutschen Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen.

Die 3. (Moskauer) Internationale hat über die Gewerkschaftsbewegung und die Betriebsräte Theien aufgestellt, die in ihrer praktischen Anwendung nicht nur die baldige Zerrümmung der deutschen Gewerkschaften, sondern auch der gewerkschaftlichen Internationale im Gefolge haben müßten, wenn sie zur Durchführung kämen. Die Theien sind in ihrer Gesamttendenz so offenkundig von dem Geist der Zwittertracht und des Haßes gegen die Gewerkschaften geleitet, daß es eigentlich genügen müßte, sie niedriger zu hängen, um jeden gewerkschaftlich geschulten Arbeiter erkennen zu lassen, daß hier ein Zerbrochen gegeben wird. Es ist manches Wahre mit viel Falschem gemischt mit der unzweideutigen Absicht, die politische Diktatur auch gegenüber den eigenen Klassen-genossen aufzurichten. Wir lassen nun zunächst die 7 Theien der Moskauer Internationale über die Gewerkschaftsbewegung folgen und werden in einem weiteren Artikel noch einiges dazu sagen.

I.

1. Die von der Arbeiterklasse in der Periode der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus geschaffenen Gewerkschaften waren Organisationen der Arbeitshände zum Kampf um die Erhebung des Preisess der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt und für die Verbesserung der Bedingungen ihrer Verwendung. Die revolutionären Marxisten waren bestrebt, sie durch ihren Einfluß mit der politischen Partei des Proletariats der Sozialdemokratie zum gemeinsamen Kampf für den Sozialismus in Verbindung zu bringen. Aus denselben Gründen, denen zufolge die internationale Sozialdemokratie sich mit geringen Ausnahmen nicht als Werkzeug des revolutionären Kampfes des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus, sondern als eine Organisation, die das Proletariat im Interesse der Bourgeoisie von der Revolution zurückhält, erwies, erwiesen sich die Gewerkschaften während des Krieges in den meisten Fällen als ein Teil des Kriegsapparats der Bourgeoisie und halfen ihm, aus der Arbeiterklasse möglichst viel Schwelz auszuspressen zur desto energischeren Kriegsführung für die Interessen des kapitalistischen Gewinns. Die Gewerkschaften, die hauptsächlich qualifizierte, von den Unternehmern am besten bezahlte Arbeiter umfaßten, die durch ihre gewerkschaftliche Unabhängigkeit bedrängt, durch den von den Massen losgelassenen bürokratischen Apparat gebunden, durch ihre opportunistischen Führer irreflektiert wurden, haben nicht nur die Sache der sozialen Revolution, sondern sogar die Sache des Kampfes für die Verbesserung der Lebensbedingungen der von ihnen organisierten Arbeiter verraten. Sie fielen vom Zandpunkt des gewerkschaftlichen Kampfes mit dem Unternehmern ausgegangen und haben ihn durch ein Programm der friedlichen Annäherung mit den Kapitalisten um jeden Preis ersetzt. Eine solche Politik haben nicht nur die liberalen Verbände in England und Amerika, nicht nur die angeblich „sozialistischen“ freien Gewerkschaften in Deutschland und Österreich, sondern auch die sozialistischen Verbände in Frankreich geführt.

2. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die volle Zersorgung der Weltwirtschaft, die wahrzunehmende Teuerung, die ausgedehnte Anwendung der Frauen- und Jugendarbeit, die Verschlechterung der Lebensverhältnisse — dies alles treibt die breitesten Massen des Proletariats auf den Weg des Kampfes gegen den Kapitalismus. Dieser Kampf ist seiner Ausdehnung und dem Charakter nach, den er mit jedem Tage immer mehr annimmt, ein revolutionärer Kampf, der die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung objektiv zerstört. Die heute von dieser oder jener Arbeiterkategorie durch wirtschaftlichen Kampf erzielte Erhöhung des Arbeitslohnes ist morgen schon durch die Teuerung überholt. Die Teuerung

müß steigen, weil die kapitalistische Klasse der fleißigen Länder, während sie durch ihre Ausbeutungspolitik Mittel- und Osteuropa zerstört, nicht nur imstande ist, die Weltwirtschaft zu organisieren, sondern sie unermüßlich reorganisiert. Um in ihrem wirtschaftlichen Kampf Erfolg zu haben, erziehen sich die breitesten Arbeitermassen, die bisher außerhalb der Gewerkschaften gehandelt haben, in mächtigem Strome in ihre Reihen. In allen kapitalistischen Ländern ist ein riesiges Anwachsen der Gewerkschaften zu verzeichnen, die jetzt schon nicht mehr als eine Ergänzung allein des vorgeschrittenen Teils des Proletariats, sondern seiner Hauptmasse sind. Indem sie in die Gewerkschaften hineintrömen, suchen diese Massen sie zu ihrer Kampfwaaffe zu machen. Die sich verschärfenden Klassenkämpfe nötigen die Gewerkschaften zur Leitung der Streiks, die in dreier Reihe durch die ganze kapitalistische Welt fluten und den Prozeß der kapitalistischen Produktion und des Austausches ständig unterbrechen. Indem sie parallel der wachsenden Teuerung und ihrer eigenen Erschöpfung ihre Forderungen erhöhen, betreiben die Arbeitermassen die Grundlage für jegliche kapitalistische Kalkulation — diese elementare Voraussetzung für jegliche geordnete Wirtschaft. Die Gewerkschaften, die während des Krieges zu Organen für Beeinflussung der Arbeitermassen im Interesse der Bourgeoisie geworden waren, werden jetzt somit zu Organen der Zerstörung des Kapitalismus.

3. Diese Veränderung des Charakters der Gewerkschaften wird von der alten Gewerkschaftsbürokratie und durch die alten Organisationsformen der Gewerkschaften auf jede Weise behindert. Die alte Gewerkschaftsbürokratie sucht vielerorts die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiteraristokratie aufrechtzuerhalten, sie hält die Vorschriften aufrecht, die den schichtentnommenen Arbeitern den Zutritt zu den Gewerkschaftsorganisationsformen unmöglich machen. Die alte Gewerkschaftsbürokratie vertritt auch jetzt noch den Streikampf der Arbeiter, der mit jedem Tage immer mehr den Charakter eines revolutionären Kampfes der Bourgeoisie mit dem Proletariat annimmt, durch eine Politik der Uebereinkunft mit den Kapitalisten, eine Politik der langfristigen Verträge zu erzeugen, die schon einfach in Anbetracht der ununterbrochenen wahnwitzigen Preissprünge jeden Sinn verloren haben. Sie sucht den Arbeitern die Politik der Arbeitergemeinschaften der Joint Industry Councils aufzuzwingen und mit Hilfe des kapitalistischen Staates die Führung der Streiks gefällig zu erschweren. In den angespannten Augenblicken des Kampfes ist diese Bourgeoisie Politik in die kampfbereiten Massen der Arbeiter, hindert sie, den Zusammenhang des Kampfes verschiedener Arbeiterkategorien zu einem allgemeinen Klassenkampf. Bei diesen Verträgen wird sie von der alten Organisation der Gewerkschaften nach Verstoß unterstützt, die Arbeiter eines Industriezweiges in gesonderte Berufsgruppen trennt, obgleich der Prozeß der kapitalistischen Ausbeutung sie zusammenschließt. Sie stützt sich auf die Macht der Uebereinkunft der Abolition der alten Arbeiteraristokratie, obwohl diese selbständig geschwächt wird durch den Prozeß der Aufhebung der Privilegien einzelner Gruppen des Proletariats infolge des allgemeinen Zerfalls des Kapitalismus, der Abwärtbewegung der Lage der Arbeiterklassen, der Zerschlagung ihrer Not und Unfähigkeit.

Auf diese Weise teilt die Gewerkschaftsbürokratie den mächtigen Strom der Arbeiterbewegung in schwache Ärmale, veräußert die allgemeinen revolutionären Ziele der Bewegung durch reformistische Zielsetzungen und bremst im allgemeinen die Ausgestaltung des Kampfes des Proletariats zu einem Revolutionskampfe für die Vernichtung des Kapitalismus.

4. In Anbetracht des Einstromens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den diese Massen im Gegenzug zur Gewerkschaftsbürokratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bereifte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Sie müssen die Initiative zur Wählung der Gewerkschaften ergreifen, wo diese nicht existieren.

Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besondern Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außergewöhnliche Verwaltungsverhältnisse seitens der Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Organen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentrallen) oder durch ihre engberichtigte aristokratische Politik, die großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen versperrt, schädigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die vorgeschrittenen, die klassenbewußtesten Kräfte von den Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten. Die Solidität der Arbeitermassen, ihre geistige Unabhängigkeit, ihre Zugänglichkeit für die Argumente der opportunistischen Führer kann nur im Prozeß des sich verschärfenden Kampfes überwunden werden, nach Maßgabe dessen, wie die breitesten Schichten des Proletariats durch ihre Erfahrung, durch ihre Ziele und Widerlagen beiseite lernen, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können, nach Maßgabe dessen, wie die vorgeschrittenen kommunistischen Arbeiter es lernen werden, im Wirtschaftskampf nicht nur die Führer der Ideen des Kommunismus zu sein, sondern die entscheidenden Führer des Wirtschaftskampfes und der Gewerkschaften zu werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, aus den Gewerkschaften ihre opportunistischen Führer zu entfernen, nur auf diese Weise können die Kommunisten an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung treten und sie zu einem Organ des revolutionären Kampfes für den Kommunismus machen. Nur auf diese Weise werden sie die Zerschlagung der Gewerkschaften beheben und sie durch Industrieverbände ersetzen, die von den Massen losgelassenen Bürokratie befreit sind und die durch einen Apparat von Betriebsvereinen erziehen können, wobei die Zentrallen nur die allerwichtigsten Funktionen vorbehalten bleiben.

5. Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht von einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurücktreten, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen; mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur

dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unangelegten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Zettler, durch lebhafteste Teilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernem Revolutionsziele, sondern wegen der konkreteren nächsten Interessen der Arbeiterklassen an der Entwicklung ihrer Wirtschaftskämpfe vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen, aufierstem Kampfe, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird.

6. Wo die Spaltung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung schon früher erfolgt ist, wo, wie in Amerika, neben den opportunistischen Gewerkschaften Verbände mit revolutionären Tendenzen, wenn auch nicht kommunistische, bestehen, dort sind die Kommunisten verpflichtet, diese revolutionären Gewerkschaften zu unterstützen, ihnen zu helfen, sich von opportunistischen Vorurteilen zu befreien, sich auf den Boden des Kommunismus zu stellen, welcher allein als verlässlicher Stützpunkt in den Kämpfen des Wirtschaftskampfes dienen kann. Wo sich im Rahmen der Gewerkschaften oder außerhalb ihrer in den Betrieben Organisationen bilden, wie Shop-Stewards, Betriebsräte, die sich zum Zweck setzen, den Kampf gegen die konterrevolutionären Tendenzen der Gewerkschaftsbureaufträge, die Unterjochung der spontanen direkten Aktionen des Proletariats, dort haben die Kommunisten selbstverständlich mit voller Energie diese Organisationen zu unterstützen. Aber die Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften darf nicht den Austritt der Kommunisten aus den opportunistischen Gewerkschaften bedeuten, die sich im Zustande der Gärung befinden und auf den Boden des Klassenkampfes übergehen, die sich auf dem Wege zum Revolutionskampf befinden, werden die Kommunisten die Rolle eines Elements spielen können, das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geistig und organisatorisch zum gemeinsamen Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus vereint.

7. Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats verwanbelt sich in der Epoche des Fallens des Kapitalismus in einen politischen viel schneller als dies im Zeitalter der friedlichen Entwicklung des Kapitals geschehen konnte. Jeder große wirtschaftliche Zusammenstoß kann die Arbeiter unmittelbar vor die Frage der Revolution stellen. Es ist daher Pflicht der Kommunisten, in allen Phasen des Wirtschaftskampfes die Arbeiter darauf hinzuwirken, daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Arbeiterklasse in offenem Ringen die Rolle des Kapitalisten bezieht und auf dem Wege der Diktatur das Werk des sozialistischen Aufbaus in Angriff nimmt. Hieron ausgehend, müssen die Kommunisten in der nächsten Zeit durch die Partei, als Vortrupp der Arbeiterrevolution, unterzuordnen. Zu diesem Zweck müssen die Kommunisten überall in den Gewerkschaften und Betriebswerken kommunistische Fraktionen bilden, mit deren Hilfe sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Im Verlauf unserer Kämpfe vom 7. August haben mehrfach Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden. In der Verhandlung mit der Reichsregierung am 23. August wurde und zugesagt, daß die Prüfung der Waffen- und Munitionstransporte unter entscheidender Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft erfolgen solle.

Im Widerspruch zu diesen Vereinbarungen hat der Reichsverkehrsminister Gröner Verfügungen erlassen, durch welche die Mitwirkung der Arbeiterschaft ausgeschlossen werden soll. Wir erheben gegen diese Verfügungen sofort Einspruch und verlangen die Zurücknahme. Der Reichs-

Brief aus Amerika.

Im November dieses Jahres finden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Wahlen für den Präsidenten des Landes und für die Mitglieder des Kongresses statt. Für den amerikanischen Arbeiter bleibt es sich gleich, ob der Republikaner Harding oder der Demokrat Cox gewählt wird. Beide sind Vertreter von Parteien, die nichts an dem bestehenden kapitalistischen System ändern werden. Daß der sozialistische Kandidat Debs erwählt wird, ist völlig ausgeschlossen bei der jetzt herrschenden Zersplitterung der amerikanischen Sozialisten. Ebenfalls keine Aussicht auf Erwählung hat der Farmer-Gewerkschaftskandidat Christensen. Und doch wäre es so nötig, daß eine Veränderung in der Verwaltung der Vereinigten Staaten eintrete. Es wird aber noch lange dauern, ehe den Arbeiterwählern hierzulande die Einsicht kommt, durch welche Partei ihre Interessen am besten vertreten werden.

In einer Betrachtung einer deutschländischen Zeitung über die kommenden hiesigen Wahlen, fanden wir die Bemerkung, daß die Deutsch-Amerikaner bei dieser Wahl einen großen Einfluß ausüben würden, und daß sich die Politiker der großen Parteien sehr angelegentlich um das Wohlwollen der deutsch-amerikanischen Wähler bemühten. Dadurch wird der Eindruck erweckt, als ob das deutsch-amerikanische Element eine politische Macht verkörpere, mit der ernstlich zu rechnen sei. Nichts wäre jedoch falscher, als dies für zutreffend zu betrachten.

Man hat in den letzten Jahren oft in Deutschland die Frage gestellt, warum die Deutsch-Amerikaner es nicht verhindern konnten, daß die Vereinigten Staaten Krieg mit Deutschland führten. Wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, so haben die

deutsch-amerikaner es jedenfalls nicht verstanden oder vermocht, die Gelegenheit auszunützen. Sie waren auch dazu gar nicht fähig gewesen, weil sie keinerlei politische Macht darstellten, weder vor dem Kriege, noch viel weniger während des Krieges, und aller Voraussicht nach auch noch lange nicht für kommende Zeiten. Eine Ausnahme bilden die deutsch-amerikanischen Arbeiter, die sich der Socialist Party angeschlossen haben, die jedoch nur einen kleinen Bruchteil des deutsch-amerikanischen Elementes bilden. Die deutsch-amerikanischen Sozialisten haben nicht nur seit 1914 den Krieg bei jeder Gelegenheit bekämpft, auch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg haben sie verurteilt. Dafür wurden ihre Zeitungen zum Teil unterdrückt und den übrigen das Erscheinen äußerst schwer gemacht, während die Zeitungen der spießbürgerlichen Elementes nicht nur unbehelligt, sondern obendrein noch von der Regierung soviel wie möglich unterstützt wurden.

Wenn in dieser Betrachtung daher die Rede von Deutsch-Amerikanern ist, so ist darunter das spießbürgerliche Element zu verstehen.

Das Verhalten dieser Deutsch-Amerikaner während der Kriegszeit seit 1914 war abwechselnd burrapatriotisch, grobunäsig und dann feig und charakterlos. Die Ereignisse der Zeit haben die ganze Angelegenheit ja längst überhört, aber immerhin ist es wohl einmal angebracht, etwas näheres darüber zu sagen. Der burrapatriotismus des deutsch-amerikanischen Spießbürgertums nahm in den Augusttagen des Jahres 1914 derartige Formen an, daß dadurch ein und für allemal jede Sympathie in weiten Kreisen der Amerikaner zerstört wurde. Deutschland über Alles und Gott mit der Siegertranz konnte von den tollsten deutschländischen Burrapatrioten nicht lauter gebüllt werden, als es von den patriotisch verrückt gewordenen Deutsch-Amerikanern geschah. Bei jeder

Die gewerblichen Unfälle im Jahre 1918 und der Bericht des Reichsversicherungsamts für 1919.

Im Zusammenhange mit der fortschreitenden Reform der Gewerbe- und Bauenaufsicht durch Anstellung von Gewerbe- und Bauenaufsichtern aus Arbeiterkreisen erhalten die Jahresberichte der Gewerbeinspektionen, der Berufsgenossenschaften, der Krankenkassen und die amtlichen Zahlen über Unfälle eine größere und lehrreichere Bedeutung. Zu alledem kommt das Betriebsrätegesetz mit den verantwortlichen Rechten des Betriebsrats, der Betriebsobmänner und der Beauftragten (Betriebsrätegesetz §§ 66, 77, 78, 92, 95). Ein praktisches Zusammenarbeiten mit der staatlichen Gewerbeaufsicht soll sich hier durch den amtlichen Arbeiterkontrollur vollziehen. Diese beträchtlich erweiterte Mitwirkung der Arbeiter bei der Wahrnehmung des gewerblichen Gesundheitschutzes verlangt auch eine mehr eingehende Kenntnisnahme von dem einschlägigen Material. Soweit wie hier die Unfälle vergleichlich dargestellt werden, so sind die Kriegsjahre, mit ihrer Arbeiterlosigkeit und dem Ernährungsbeland in der Kriegsinindustrie bei Bauten, Steinbrüchen usw. zu beachten. Die Zahl aller Unfälle betrug nach amtlicher Feststellung bei den Berufsgenossenschaften, Zweiganstalten, Reichs-, Staats-, Provinzial- und gemeindlichen Ausführungsböörden:

Jahr	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Darunter: tödliche Verletzte
1918	789 378	139 688	10 239
1914	704 978	124 096	9 401
1915	592 504	96 237	8 069
1916	606 056	103 188	9 951
1917	684 151	107 534	11 520
1918	657 277	107 276	11 092
1919	574 840	104 502	?

Das Jahr 1918 ist das letzte Kriegsjahr, und für 1919 sind die angegebenen Zahlen das Resultat einer vorläufigen Ermittlung.

Deutsch-Amerikaner es jedenfalls nicht verstanden oder vermocht, die Gelegenheit auszunützen. Sie waren auch dazu gar nicht fähig gewesen, weil sie keinerlei politische Macht darstellten, weder vor dem Kriege, noch viel weniger während des Krieges, und aller Voraussicht nach auch noch lange nicht für kommende Zeiten. Eine Ausnahme bilden die deutsch-amerikanischen Arbeiter, die sich der Socialist Party angeschlossen haben, die jedoch nur einen kleinen Bruchteil des deutsch-amerikanischen Elementes bilden. Die deutsch-amerikanischen Sozialisten haben nicht nur seit 1914 den Krieg bei jeder Gelegenheit bekämpft, auch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg haben sie verurteilt. Dafür wurden ihre Zeitungen zum Teil unterdrückt und den übrigen das Erscheinen äußerst schwer gemacht, während die Zeitungen der spießbürgerlichen Elementes nicht nur unbehelligt, sondern obendrein noch von der Regierung soviel wie möglich unterstützt wurden. Wenn in dieser Betrachtung daher die Rede von Deutsch-Amerikanern ist, so ist darunter das spießbürgerliche Element zu verstehen. Das Verhalten dieser Deutsch-Amerikaner während der Kriegszeit seit 1914 war abwechselnd burrapatriotisch, grobunäsig und dann feig und charakterlos. Die Ereignisse der Zeit haben die ganze Angelegenheit ja längst überhört, aber immerhin ist es wohl einmal angebracht, etwas näheres darüber zu sagen. Der burrapatriotismus des deutsch-amerikanischen Spießbürgertums nahm in den Augusttagen des Jahres 1914 derartige Formen an, daß dadurch ein und für allemal jede Sympathie in weiten Kreisen der Amerikaner zerstört wurde. Deutschland über Alles und Gott mit der Siegertranz konnte von den tollsten deutschländischen Burrapatrioten nicht lauter gebüllt werden, als es von den patriotisch verrückt gewordenen Deutsch-Amerikanern geschah. Bei jeder

bieten daher bei den unklaren und verworrenen Friedensverhältnissen kein zuverlässiges Bild. Aber immerhin zeigt doch das vorgeführte Material die Unsumme und ganze Verdrückung der Gefahren, welchen die Arbeiterklasse ausgesetzt ist. Die Folgen dieser das Leben und die Gesundheit der Arbeiter und der Volkswirtschaft schädigenden Unterlassungen sind die ungeheuren Ausgaben für Heilung und für Entschädigungen. Die Gesamtausgabe für Entschädigungen (Renten usw.) betrug 1918: 192 467 301 Mk., 1919: 204 821 817 Mk.

Die Ausgaben für das Heilverfahren und den dabei in Betracht kommenden Unterstützungen an Ehefrauen, Kinder usw. betragen 1918 außer den Kosten der Krankentassen bei der gesamten Unfallversicherung 11 921 647 Mk. In den Vordergrund tritt hierbei die Beteiligung der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit den Zweiganstalten in folgenden Zahlen:

	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Tödtliche Verletzte
1918	583 723 (81,20)	75 853 (7,95)	6678 (0,70)
1914	517 284 (82,14)	67 272 (8,08)	6088 (0,72)
1915	429 043 (89,78)	50 491 (7,50)	5653 (0,84)
1916	440 466 (85,37)	55 835 (8,28)	6477 (0,96)
1917	505 735 (72,17)	61 170 (8,73)	7962 (1,11)
1918	491 685 (70,47)	63 468 (9,10)	7786 (1,12)

Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen das Verhältnis zu 1000 Vollarbeitern. In auffälliger Art ergibt sich hier für 1917 und 1918 eine Zunahme der Schwerverletzten als entschädigte Unfälle. Von Interesse sind hierzu einige speziellere Angaben für 1918. Im amtlichen Bericht sind unter „Betriebs-einrichtungen und Vorgänge, bei welchen sich diese Unfälle ereigneten“, verzeichnet bei Motoren, Arbeits- und Hebelmaschinen 19 886, durch Explosionen bei Dampfesseln, Dampfmaschinen und -leitungen 247, durch Sprengstoffe 2101, durch feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe, wie glühendes Metall, Gase, Dämpfe usw. 2021 Unfälle. Durch Zusammenstoß, Sturz- und Umfällen von Gegenständen 9981, durch Fall von Leitern, Treppen, aus Lufen in Vertiefungen und auf oberer Erde 7962, beim Auf- und Abladen von Sand, Gestein, Tragen und Transportieren 14 280, sowie durch Handwerkzeug, abprallende Splitter 6244 Unfälle usw. — Auch die Beteiligung der weiblichen Erwachsenen mit 10 369 und der Jugendlichen mit 4800 entschädigten Unfällen verdient eine Beachtung. Die Baugewerkschaften sind an diesen Zahlen insgesamt mit 30 137 (60,88) Unfällen beteiligt, von welchen 5439 (10,99) mit 735 tödlich Verletzten (1,45) entschädigt wurden.

Bei der zu erwartenden Reform der Versicherungsgesetze wird die Unfallversicherung der Berufsgenossenschaften eingehend auf ihren Wert geprüft und im weiteren gefördert werden müssen, doch auch die Unfallrenten zu der Lebenshaltung der Verletzten, Hinterbliebenen usw. in einem gerecht ausgleichenden Verhältnis stehen. Bei der Berechnung dieser Renten sind deshalb nicht

60% Proz. des Jahresarbeitsverdienstes angebracht, sondern es muß verlangt werden, daß stets der volle Betrag zugrunde gelegt wird. Aber außerdem wird den Invaliden infolge gewerblicher Erkrankungen in gerechter Art allgemein die Invaliditätspension zuerkannt werden müssen. Der Begriff „Unfall“ erfordert jetzt eine mehr erweiterte Auslegung.

Die Bestrebungen des Reichsversicherungsamts, die Erfahrungen auf dem Gebiete der Wiederleistungsfähigkeit verletzter Personen durch die Arbeitstherapie den Invaliden der Arbeit zugute kommen zu lassen, wurden trotz der Verkehrserschwerigungen fortgesetzt. Der Kampf gegen die überhandnehmenden Geschlechtskrankheiten ist durch den Ausbau der Beratungsstellen planmäßig weiter geführt worden. Die Zahl der bei den Beratungsstellen gemeldeten Personen ist gegen das Vorjahr 1917 von 19 140 auf 33 078, der neu in Fürsorge genommenen von 14 531 auf 26 951, und die Zahl der Fälle, in denen sich die Erkrankten einer Behandlung unterzogen, von 6663 auf 14 806 angewachsen. Von den Meldungen sind über ein Drittel, nämlich 11 528, von den Versicherten selbst erfolgt. — Die als Folgeerscheinung des Krieges, des Zusammenbruchs und der Hungerrationierung eingetretene bedrohliche Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen und -sterblichkeit erfordert die angespannteste Aufmerksamkeit aller am Kampfe gegen diese Vorkämpfer beteiligten Stellen. Mit den Vertretern der Versicherungsanstalten und Heilstättenärzte sind Verträge vom Reichsversicherungsamt Mitteln erteilt, um möglichst schon im Kindesalter eine Bekämpfung der Tuberkulose zu erreichen.

Im Berichtsjahr 1919 ist die Statistik der Heilbehandlung für das Jahr 1918 bearbeitet worden. Insgesamt sind 114 207 Versicherte (1917: 98 741) mit einem Kostenaufwand von 28 811 855 Mk. (1917: 22 839 694 Mk.) behandelt worden. Davon kamen auf ständige Heilbehandlung 27 018 (1917: 25 660) Lungen- oder Kehlkopf-tuberkulose mit 16 21 391 Mk. (1917: 13 703 436 Mk.), 228 Lungenstränge mit 98 070 Mk., 227 an Knochen- oder Gelenktuberkulose Leidende mit 98 154 Mk. und 22 007 (1917: 18 213), andere Kranke mit 7 359 841 Mk. (1917: 5 317 692 Mk.). Nichtständig sind 1029 Lungen- oder Kehlkopf-tuberkulose, mit einem Gesamtaufwande von rund 200 Millionen Mark in Heilbehandlung genommen. — Nach Abschluß der Behandlung im Jahre 1918 wurde ein Heilerfolg (im Sinne des § 1255 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung) erzielt bei sicher nachgewiesener Lungen- oder Kehlkopf-tuberkulose in 85 v. H., bei Knochen- und Gelenktuberkulose in 58 v. H., bei Verdacht der Lungentuberkulose, bei Lupus und bei den anderen Krankheiten in 91 v. H. der behandelten Fälle. Auf Grund des § 1277 der Reichsversicherungsordnung sind 1918 insgesamt 1802

passenden oder besser gesagt bei jeder unpassenden Gelegenheit veranstalteten diese Elemente Umzüge in Kompagnieform, dabei selbst in einer deutschen Stadt zu viel werden. Um so mehr mußte es natürlich in den Städten der Vereinigten Staaten der Fall sein. Und dazu eine Großmäuligkeit von der Unbesiegbarkheit der Deutschen, alles Deutsche in den Himmel gehoben, zum Frühstuck ein Duzend Russen, zum Mittagbrot ein Duzend Engländer und des Abends ein Duzend Franzosen bei lebendigem Leib verzehren, ein solches Verhalten konnte weder Achtung noch Empathie erregen, besonders nicht, wenn es drei Jahre lang fortgesetzt wird. Am schlimmsten trieb es natürlich die spießbürgerliche deutsch-amerikanische Presse. Immer und immer wieder gab sie dem Ueberpatriotismus neue Fahrung. Höflich im Mute gewarnt haben diese Zeitungen, das patriotische Volk Deutschlands war dagegen das reinste Kinderpiel. Mit dem Bürgerkrieg drohten einige dieser Zeitungen, falls die Vereinigten Staaten in den Krieg ziehen würden. Nicht stark genug kann diese anekdotische Großmäuligkeit geschützt werden.

Das ist ja nun immer so, mit der Entfernung vom Kriegskampflage rückt auch das Maulheldentum zu.

Dann kam die Zeit, wo die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten. Mit einem Schlag veränderte sich nun das Bild. Aus den großmäuligen und unbesiegbaren Recken wurden ganz erhebliche Feilsager. Erbärmlicher und verdammungswürdiger hat es wohl nie eine Klasse von Leuten gegeben, als das hurrapatriotische Element der Deutsch-Amerikaner von damals. Ins Kaufschiff sind sie gestiegen, haben sich mit dem eigenen Kote beschmiert. Sie hatten es mit einer fürchterlichen Angst bekommen. Sie hatten es freilich auch schlimm genug getrieben. Nur ein Beispiel von

tausenden. Es hatte sich seinerzeit hier eine Friedensgesellschaft gebildet, angeblich unterstützt von der deutschen Regierung. „The Friends of Peace“ nannten sie sich. Sie hatten gerade in Chicago eine Tagung, als die Versetzung der „Rufiania“ befristungsmacht wurde. Die Versammelten hasteten vor Vergnügen in die Hände und besaßen sich minutenlang in einem Freudentaumel. Eine schöne Friedensgesellschaft! Taß man derartiges in den Kreisen der Amerikaner nicht verpaß, das wurden sich die Hurrapatrioten sehr bald bewußt und so überboten sie sich denn in schmächtigem Wett-eifer alles in Grund und Boden zu verdammen, was deutsch war oder einen deutschen Namen trug. Dieses schäbige Verhalten machte den Amerikanern zum Teil Graß und zum anderen Teil verloren sie jedwede Achtung vor solchen Leuten.

Das erste was man vornahm war, daß die deutschen Hospitäler in den Vereinigten Staaten umgewandelt wurden. Aber nicht etwa auf Betreiben des amerikanischen Elementes, sondern auf eigene Veranlassung der betreffenden Hospitalvorstände, alles Leute, die sich sonst nicht groß genug mit ihrer Verherrlichung Preußen-Deutschlands hervorzuheben konnten. In Chicago war es besonders der Vorsitzende der deutschen Hospitalbehörde, der auf eine Namensänderung drang. Es war derselbe, der noch vor wenigen Jahren alles aufbat, um den deutschen Volkstaktik Ernststoff zur Grundsteinlegung des neuen Hospitals nach Chicago einzuladen. Am besten ist es wohl, einige Auszüge eines Vortrages zu bringen, den damals die „Chicago Arbeiter-Zeitung“ zu dieser Sache schrieb:

Es heißt da unter anderem: „Wenn man in Philadelphia dem Zuge der Zeit folgend, den Namen des deutschen Hospitals in Vatteranau Hospital umänderte, und sich damit unsterblich blamierte, so liegt für andere Städte

Empfänger von Pensionen, unter denen sich 1263 tuberkulöse oder tuberkulosebedrohte Kinder befanden, teils in Heilanstalten und andern, teils in Waisenhäusern und Kinderheimen untergebracht. Der Kostenaufwand betrug insgesamt 840 334 Mk. Der Gesamtumfang der Kinderfürsorge im Jahre 1918, im Zusammenhange mit vorbeugenden Maßnahmen nach § 1274 der Reichsversicherungsordnung, betrug 2 454 682 Mk.

Was sonst die Landesversicherungs- und Sonderanstalten angeht, ergibt sich im folgenden: Bis zum 31. Dezember 1919 gab es überhaupt 4 786 104 Renten festgesetzt. Davon entfielen auf die 80 Versicherungskassen 4 478 980, und zwar 2 638 006 Invalidenrenten, 426 594 Krankenrenten, 759 945 Altersrenten, 89 145 Witwen- und Witwerrenten, 6766 Witwenkrankekrantenrenten, 490 112 Waisen- und Zuzugrenten. Auf die 9 Sonderanstalten entfielen 307 115, davon 175 158 Invalidenrenten, 29 028 Krankenrenten, 12 154 Witwen- und Witwerrenten, 400 Witwenkrankekrantenrenten, 30 048 Altersrenten, 60 820 Waisen- und 8 Zuzugrenten. Was hier auf diesem Gebiet als vorbildlich geleistet wurde, verdient die achtingvolle Anerkennung. Mehr zu schaffen wird für die kommende Zeit als Forderung zu gelten haben. Die Verwirklichung dieses Zieles im Zusammenhange mit der Arbeitslosen- und Schulungsfürsorge, wird die Aufgabe einer großzügigen Sozialpolitik sein müssen.

G. Heineke.

Landstraßenwärter

Freistaat Braunschweig. Die Lohnsätze des Tarifvertrages der Straßenwärter für das braunschweigische Gebiet war von der Gauleitung Magdeburg gekündigt worden. Am 11. August fanden neue Verhandlungen statt. Außer der Staatsbehörde nahmen auch Vertreter der Kreisbehörden und der Gauenleitungen Magdeburg, Bremen, Havel und Halberstadt teil. Es wurde in allen Fragen Einigung erzielt. Die Löhne wurden neu mit Wirkung ab 1. August festgelegt. Eine erdultige Regelung soll im Anschluß an die eigenen Staatsarbeiter folgen. Auch wurde ein Rubelohnstatut beschlossen. Die Behörden sprachen den Wunsch aus, daß man dahin arbeiten möge, die Rubelohnbestimmungen für das braunschweigische Gebiet möglichst einheitlich zu gestalten. Dem Gauleiter für das braunschweigische Gebiet wurde eine Vorlage überwiesen, welche demnächst beraten werden soll. Auch sind die späteren Tarifschritte für die Straßenwärter und Arbeiter der Gauleitung Halberstadt übertragen.

Freistaat Anhalt. Am 20. August wurde über eine neue Lohnsätze verhandelt. Die Löhne für Anhalt, mit Ausnahme des Kreises Harz, fanden eine Erhöhung von 20 auf 24 Mk. pro Tag. Für Harz wurden nur 22,50 Mk. geboten, die wir ablehnten. Die Verhandlungen sollen noch örtlich weitergeführt werden.

Für die Provinz Sachsen wurden die Lohnsätze der Landstraßenwärter wie folgt erhöht: 1. Klasse von 20 auf 24 Mk., 2. Klasse von 18,50 auf 22,80 Mk., 3. Klasse von 17 auf 21,60 Mk.

Eine vierte Lohnklasse wurde gestrichen. Diejenigen Kollegen, welche früher der 4. Lohnklasse angehörten, erhalten anstatt 14,50 Mark künftig 21,60 Mk. für den Tag.

Borne. In der gutbesuchten Bezirksversammlung der Straßenwärter und Arbeiter am 24. August für den Kreis Calbe a. S. sprach Gauleiter Wachtendorf über die letzte Tarifbewegung. Die neuen Löhne betragen: Klasse I 24 Mk., Klasse II 22,80 Mk., Klasse III 21,60 Mk. Die IV. Lohnklasse fällt fort.

Gleiwitz. Den Abschluß eines Tarifvertrages für die Chauffeewärter hat der Kreisbauernleiter Seibold zu verhindern gewußt. Deshalb wurde der Schlichtungsausschuß anrufen. Dieser entschied einstimmig, daß ein Tagelohn von 17 Mk. zu zahlen sei. Der Lohn für Chauffeewärter im Gleiwitzer Bezirk beträgt 17—20 Mk., im Breslauer Bezirk monatlich 420—450 und daneben 16 Mk. monatliche Kinderzulage. Im Waldenburger Industriebezirk ist der Lohn noch bedeutend höher. Der vom Schlichtungsausschuß festgesetzte Lohn ist demnach sehr bescheiden, besonders wenn man die besonderen Preisverhältnisse im besetzten Gebiet berücksichtigt. Dem Urteil fügte sich aber der Kreis Gleiwitz nicht, sondern erhob Beschwerde beim Vermittlungskommissar. Wir beantragten Verbindlichkeitsklärung. Doch diese als selbstverständlich erfolgen müßte, wenn der Regierungspräsident sich bei seiner Entscheidung nur die Frage vorlegte, haben die Chauffeewärter des Kreises Gleiwitz ein Recht zu leben, und diese Frage beachte, mußte angenommen werden. Der Regierungspräsident lehnte aber die Verbindlichkeitsklärung mit folgendem Schreiben ab:

„Eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses Gleiwitz vom 30. Juni 1920 in der Lohnstreitfrage der Straßenwärter kann nicht in Frage kommen, da die Finanzlage des Kreises eine derartig hohe Mehrbelastung des Kreishaushaltes, wie sie sich aus dem Schiedspruch ergeben würde, nicht zuläßt. Zudem erscheint auch eine Höherzahlung des Lohnes vom 1. Juli 1920 ab in Anbetracht der Preisverhältnisse, die vor und nach diesem Zeitpunkt geherrscht haben, nicht gerechtfertigt. Der Schiedspruch berücksichtigt ferner nicht genügend die eigenartige Arbeit der Chauffeewärter, die mit anderen Arbeiten nicht zu vergleichen ist. Wenn auch nach vorstehendem die Verbindlichkeitsklärung nicht erfolgen kann, so bitte ich doch, daß der Weg der Verständigung bei ausreichendem Entgegenkommen auf beiden Seiten zu einem angemessenen und zufriedenstellenden Ziele führen wird.“

Mit solchen Behauptungen können derartige Anträge alle Tage abgelehnt werden. Menschliches Empfinden hat bei dieser Entscheidung nicht mitgesprochen. Gegen diese Entscheidung ist der Entschluß des Reichsarbeitsministeriums anrufen worden und wenn in diesem nur ein bescheidener Grad sozialer Verständnisses vorhanden ist, dann muß der Oppener Regierungsbescheid aufgehoben werden.

Hildesheim. Landstraßenwärter. Nach sechsmonatigem Kampf ist es uns endlich gelungen, nach Anrufung des Schlichtungsausschusses, etwas menschenwürdige Verhältnisse für die Wärter der Kreise Hildesheim und Marienburg zu schaffen. Seit Februar schweden Verhandlungen.

keinerlei Veranlassung vor, sich auf dieselbe Weise lächerlich zu machen. Ebensovienig wie man dem Beispiel des New Yorker deutschen Hospitals folgen sollte, das neben der Aenderung des Namens auch obendrein noch alte deutschen Angestellten entließ. Ein Hospital ist keine politische Institution und Krankheiten werden ebensovienig republikanisch wie pro American oder pro German geheilt. Diese selbstverständliche Voraussetzung braucht wohl weiter nicht erläutert zu werden. Darum ist es nicht nur lächerlich sondern geradezu verwerflich, Kriegstragen und Kriegshexereien in die Krankerbehandlung zu tragen. Ein Hospital ist kein Sammelpfad zur Betätigung jingoistischer Soldatent.

Man braucht kein Nationalist zu sein, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite, wenn man die Namensänderung des deutschen Hospitals nicht für angebracht hält. Nur kleinliche Geister oder Menschen, die sich durch jingoistische Hehereien haben erwischen lassen, die sich durch eine lächerliche Tat als „loyal“ erwiesen wollen, können dies gutheißen. Sie beweisen damit aber nur, daß sie die Gründe, warum deutsche Hospitäler in Amerika erstehen, überhaupt nicht begriffen haben, von den Aufgaben derselben nichts verstehen und darum gerade die ungeeignetsten Personen sind, um solch einem Institut vorzustehen.

Was liegt in einem Namen? Nichts. Aber hier verhält sich die Sache doch anders. Es ist ein Stück Kulturarbeit, ein Stück gegenseitiger Hilfe von Leuten, die der Abstammung und der Sprache nach miteinander verwandt sind und sich in kranklichen Tagen einander helfen wollen. Deutsches Hospital meint nicht die Herrlichkeit deutscher Nation oder Hurrapatriotismus, auch nicht Deutschland über Alles. Das Deutsche Hospital ist eine Verförperung der edelsten Regungen im Menschen. Diese unsere

Stellungnahme gegen die beabsichtigte Namensänderung des deutschen Hospitals ist kein unbedingtes Loblied auf dasselbe. Vieles könnte dort besser sein und die Hospitalgesellschaft könnte vor allem das Los der Angestellten besser gestalten. Das wäre viel besser und viel nötiger als Jingoismus mit Krankenpflege zu vermischen.“

Der Name des deutschen Hospitals in Chicago wurde denn doch geändert und ist jetzt Grant Hospital. So verschwand alle die 12 deutschen Hospitäler in Amerika, ein dauerndes Zeichen der erbärmlichen Feigheit des deutsch-amerikanischen Epischermentes. Dann kamen Einzelpersonen in den Keller. Waffenweise gingen die deutsch-amerikanischen Epischer ins Gericht, um ihren Namen zu ändern. Aus einem Fuchs wurde jetzt ein Fag, aus einem Ochs ein Og, obwohl der Ochs doch ein Dösch blieb. Ein dritter veranandelte sich aus Kunz in Combs und so die bunte Reihe weiter. Einen Richter in New York wurde die Sache schließlich zu bunt und er hielt einer Gesellschaft dieser beiden folgende Standrede:

„Sie sollten sich was schämen, daß Sie ihren alten Namen ändern wollen. Was hat denn Ihr Name mit dem Kriege zu tun? Haben Sie denn überhaupt Veranlassung, sich der Tatsache zu schämen, daß Sie deutscher Abstammung sind? Gehen Sie heim, Sie Feigling und verfluchen Sie ein Mann zu sein. Daran wird Sie weder Ihr deutsch klingender Name, noch Ihre deutsche Abstammung hindern. Oder haben Sie mit Ihrem Namen etwas zu verbergen?“

Das geschah diesen deutsch-amerikanischen Helden recht. Aber auch noch andere unschuldige Dinge, als die deutschen Familiennamen mußten herhalten. Aus Sauertraut wurde Liberty Cabbage, das Hamburger Steak verschwand von der Speisekarte, ebenso die

bern es
de geleg
verblüder
bedingung
wert jetzt

brungen
Personen
kommen
ht. Der
Lechts-
en plan-
erations-
19 140
26 951,
Befand-
den Rel-
schickten
des Zu-
edrohlde
-it erb.
aller am
den Ker-
ind her-
möglichst
erreichen.
e hand-
amt für
aad von
Dabon
Lungen-
436 Mk.),
Gleiwitz-
18 213,
christlich
8 andere
ahntank-
um von
er 630 834
schmaltau-
schommen.
ein Teil-
ordnung)
überlause
s. S. bei
anderen
rund des
amt 1892

gesellschaf
g. The
Chicago
untgemacht
die Härde
del. Eine
Kreisen der
reicher sehr
dem Welt-
ulch war
er verloren

Hospitaler
nicht etwa
auf eigene
Leute, die
Preußen-
anders der
Namens-
r Jahren
r Grund-
den. Am
bringen.
he schrieb:

lgend, den
umändert,
ere Städte

Bald 14 Tage suchten die Arbeitgeber nach Wägern, die im christlichen Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter organisiert waren. Es hatte den Anschein, als ob man mehr Verhandlungsteilnehmer haben wollte, um so mit den Arbeitern leichter fertig zu werden. Es war aber vergebliche Mühe. Denn von über 130 Wägern waren 118 bei uns organisiert, so daß als zweiter Vertragskontrahent nur noch der christliche Gemeindearbeiterverband in Frage kam. Um die Angelegenheit mehr und mehr zu verwickeln, hatte man einen provisorischen Arbeitgeberverband gebildet, der 10 Mk. Tagelohn für angemessen hielt. Nachdem wir festgestellt hatten, daß die „Herren“ des Arbeitgeberverbandes keinerlei Vollmachten hatten, brachen wir die unverbindlichen Verhandlungen ab und riefen den Schlichtungsausschuß an. Dieser fielte am 18. August nachstehenden Schiedsspruch an. Der Arbeitgeber noch acht Tagen zustimmen: „Der Arbeitslohn für Chauffeurs- und Landstrassenwärter wird für die Kreisstadt Marienthal und Hildesheim einseitlich auf 2,50 Mk. pro Arbeitsstunde festgesetzt, zusätzlich der im überreichten Tarifvertragsentwurf erwähnten besonderen Bestimmungen. Die Lohnsätze gelten mit rückwirkender Kraft ab 1. Juli. Begründung: Der bisherige, den Straßenwägern gewährte Lohn erweist sich als zu niedrig, andererseits der geforderte Stundenlohn von 3,25 Mk. zu hoch. Der zugewilligte Lohn ist unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den betreffenden beiden Kreisen für angemessen zu erachten. Die Abschaffung der Affordarbeit erweist sich als zweckmäßig, vielmehr nach Inhalt des § 2 als im Interesse der Arbeitnehmer selbst liegend, da ihnen bei fleißiger Arbeit und ohne Überanstrengung bei Affordarbeit 26 Proz. mehr als der Tagelohn garantiert wird.“

• Aus unierer Bewegung •

Wau Düsselndorf. Die Löhne der städtischen Arbeiter in Rheinland-Westfalen sind durch zwei Tarifverträge geregelt: Die der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke mit dem Arbeitgeberverband der G. W. E. W., die der übrigen städtischen Arbeiter mit dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden. In der letztgenannten Lohnhöhe bestand bis zum 1. August insofern ein Unterschied, als den Arbeitern der G. W. E. W. ein Kindergeld in Höhe von 1,50 Mk. pro versorgungsberechtigtes Kind gewährt wurde, dagegen den Arbeitern aller übrigen städtischen Betriebe das Kindergeld nicht zugesprochen wurde. Der Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke erhöhte auf Antrag der Arbeiter die Stundenlöhne ab 1. Juli in der C-Klasse A um 50 Pf., in der B-Klasse um 40, C-Klasse um 30, D-Klasse um 20 und E-Klasse um 10 Pf. pro Stunde. Bei der Abwicklung dieser Forderung ließen sich die Arbeitgeber der G. W. E. W. davon leiten, in etwas einen Ausgleich zwischen den vorhandenen Industrielöhnen, soweit gleichartige Arbeiter in Frage kommen, herbeizuführen. Die in Betracht kommenden Arbeitnehmerverbände der städtischen Arbeiter beantragten bei Ablauf des Tarifvertrages zum 15. August eine Gleichstellung der Löhne in diesen beiden Tarifen. Bei der ersten Verhandlung, die dieserhalb Ende Juli stattfand, bewilligten die Städte das Kindergeld, und zwar ab 1. August. Die weiteren Forderungen sollten zunächst einer Vollversammlung der Städte unter-

breitet werden. Diese Vollversammlung hat am 27. August in Dortmund getagt und hat, wie der Vorsitzende Dr. Reises der Verhandlungskommission mitteilte, die Forderung der Arbeiter mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorsitzende der Städte, Herr Dr. Reises, kleidet den ablehnenden Standpunkt in folgende Begründung: Es habe ein Preisabbau stattgefunden, so daß eher ein Lohnabbau als eine Lohnerhöhung begründet sei. Des Weiteren könnten die Städte diese erhöhten Löhne nicht mehr aufbringen. Demgegenüber möchten wir der Öffentlichkeit folgendes unterbreiten: Die Löhne der städtischen Arbeiter betragen: Gruppe I: Gelehrte Handwerker 5,10—5,30 Mk., II: Angelernte Arbeiter mit verantwortlicher Dienstleistung 4,90—5,10 Mk., III: Angelernte bis ungelernte Arbeiter mit verantwortlicher Dienstleistung 4,60 bis 4,90 Mk., IV: Ungelernte Arbeiter 4,40—4,70 Mk., Arbeiterinnen 3,00—3,80 Mk. Dazu tritt vom 1. August ein Kindergeld von 1,50 Mk. pro Arbeitstag für jedes Kind unter 14 Jahren, das nicht erwerbsfähig ist. Angeseht dieser Löhne wirkt es wie blutiger Lohn, wenn man von einem Preisabbau redet. Mit diesen Löhnen werden die städtischen Arbeiter auch die Artikel mit „gesetzten Preisen“ noch nicht erziehen können. Es kommt aber noch mehr hinzu, daß von diesen Lohnsätzen die Steuern sowie das erhöhte Krankenfeld in Abzug gebracht werden. Jeder einjährige Pücker wird einziehen müssen, falls er auch den städtischen Arbeitern ein menschenähnliches Leben zugeht, daß ihnen geboten werden muß. Nun zu der anderen Seite, daß die Städte nicht mehr in der Lage sind, erhöhte Lohnsätze zu bewilligen. In allen größten Städten des Ruhrreviers haben in letzter Zeit die Steuererhöhungen die Beamtenbesoldung geregelt. Bei dieser Gelegenheit sind Bürgermeister und Beigeordneten Gehälter herabgesetzt worden, die bis an die 100.000 Mk. jährlich heranreichen. Meiner von diesen Herren hat bei dieser Regelung die „Zahlungsunfähigkeit“ der Gemeinde erwähnt, vielmehr ihre Forderungen mit den letzten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Diese selben Herren kommen aber bei Lohnverhandlungen und erklären in schallendster Weise, daß sie eine gebundene Marchroute von der Finanzkommission haben, die Anträge der Arbeiter abzulehnen, weil die Städte nicht mehr zahlen könnten. Wir fragen die Arbeitervertreter der einzelnen Stadtverwaltungen, ob das „Beschränken“ nur für die unteren Massen in Frage kommt? Werden die Stadtverwaltungen auf diesem ablehnenden Standpunkt stehen, dann wird ein Kampf auf der ganzen Linie unvermeidlich sein. Die Arbeiter können es nicht verstehen, daß die Stadtverwaltungen, die 80 Proz. der Mitglieder im Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke umfassen, dem Schlichter im Elektrizitätswerk pro Stunde 50 Pf. mehr bewilligen, wie dem Schlichter in der Vademal. Wir werden alles versuchen, zu einer Verständigung in dieser Angelegenheit zu kommen, gelangt diese nicht, dann liegt es allein an dem Vorsitzenden einzelner Stadtverwaltungen, die dann aber auch allein für die entstehenden Folgen verantwortlich sind.

Vertragsgaben. Am 16. Juli reichte die Bezirksleitung im Auftrage der Kollegen neue Lohnforderungen ein. Verlangt wurde für alle Arbeiter eine Feuerungszulage von 6 Mk. pro Tag. Ohne Pünktlichkeit des Organisationsvertreters und des Betriebsrats nahm der Gemeinderat dazu Stellung und be-

German Fried Rotatos Das schönste aber war der Hindenburgkimmel. Jamohl, wir hatten auch einen Hindenburgkimmel hier, mit dem die deutsch-amerikanischen Hurratrioten sich ihre Begeisterung anschwippten, um dann ganze Regimenter Russen, Engländer und Franzosen zu verschlingen. Als Pate bei der Taufe des Hindenburgkimmels standen auch die Mitglieber einer deutschen Kellnervereinigung, die sich ordentlich stolz fühlten, diesen Hindenburgkimmel zu servieren. Als dann der Krieg ausbrach, weigerten sich die Kellner der betreffenden Vereinigung den Hindenburgkimmel noch weiter zu servieren. Obendrein beschloßen sie noch, alle Mitglieber aus der Gewerkschaft hinauszumerfen, die noch keine amerikanischen Bürger waren. Das gleiche Heldenhild verübten auch die Mitglieber einer deutsch-amerikanischen Musikvereinigung, die sich weigerten, deutsche Musikstücke von deutschen Tonbildnern zu spielen. Kurzum, es verging keine Gelegenheit, wo diese deutsch-amerikanischen Helden nicht ihre Verachtung alles Deutschen bekundeten und in amerikanischer Loyalität machten. Am schlimmsten trieb es wieder die deutsch-amerikanische Spielerpresse. Diese Zeitungen, die erst ihre Leser in den Hurratriotismus hegen, erstarben jetzt einfach in Loyalität. Sie traten jetzt alles mit Füßen und bewarfen mit Rot, was sie noch gestern als Ideal in den Himmel gehoben. „Nieder mit Deutschland und allem Deutschen“, war ihre Parole geworden. Am schlimmsten trieb es wohl die in Chicago erscheinende „Illinoiser Staats-Zeitung“. Sie ertlich in allen größeren englischen Zeitungen Loyalitätsverklärungen und in ihren eigenen Spalten suchte sie Rekruten für die amerikanische Armee zur Bekämpfung Deutschlands. Man darf nun nicht vergessen, daß noch wenige Wochen früher der Herausgeber der Zeitung mit dem Bürgerkrieg drohte, falls es zum Kriege gegen

Deutschland kommen sollte. Kein Wunder darum, daß bei einer solchen schmählichen Haltung dieser Zeitungen ihnen die Regierung half, wo sie nur konnte, während sie den deutsch-amerikanischen Arbeiterzeitungen, die den Krieg unentwegt bekämpften, das Erscheinen soviel wie möglich zu erschweren suchte.

Die Beispiele über die Gefinnungslosigkeit der deutsch-amerikanischen Spieler könnten noch in langer Reihe fortgesetzt werden. Doch es möge mit dieser Auslese genug sein. Es sollte hier nur erläutert werden, daß man von diesen Elementen selbstverständlich nicht erwarten konnte, daß es den Krieg der Vereinigten Staaten mit Deutschland hätte verhindern können, selbst wenn die Umstände es möglich gemacht hätten. Dazu gehörte denn doch mehr, als sich man sich mit seiner Gefinnungslosigkeit in der Kasse herumwühlen. Sollte man nun annehmen, daß dieses deutsch-amerikanische Speichertum in der kommenden Wahl eine Rolle spielen würde, so wäre das eine ganz falsche Voraussetzung. Denn diese Leute besitzen keinerlei Rückgrat und verkörpern keinerlei politische Macht. Der deutsch-amerikanische Nationalbund, eine politische Vereinigung der deutsch-amerikanischen Spieler, ließ bei Ausbruch des Krieges eine Loyalitätsverklärung nach der anderen los. Wie wenig man sie beachtete, zeigt der Beschluß des Kongresses, daß der Nationalbund sich auflösen habe, was denn auch pflichtschuldigst geschah.

Das einzige aufrechte rüchardshafte deutsch-amerikanische Element sind die sozialistisch gesinnten und organisierten Arbeiter. Leider sind ihre Reihen jetzt gespalten. Doch, wenn sich der Kampf der Köpfer etwas geklärt hat, wenn die Verhältnisse etwas ruhiger werden, wird sich auch hier die so dringend nötige Wiedervereinigung der sozialistischen Arbeiter vollziehen.

R. Sidmann.

August in
der Ver-
leiter mit
idie, Gere-
gende Be-
h aber auf
weiteren
aufbäumen
des unter-
Gruppe 1:
weiter mit
gelernte
leistung 4,00
V: Arbeiter-
Kinderge-
haben, daß
die blutigen
Löhnen
„gesunken
noch weiter
das erhöhte
ige Löhne
beitern an
en werden
ist mehr in
u größerer
e Stadter-
Gelegenheit
ist worden,
Steiner von
„infrächtig-
“ mit den
iefe selbst
erklären in
ute von der
abzulehnen,
den die Be-
Das „Gen-
? Weiben
ndpunkt
nmermehr
e Stadter-
bernebung
dem Schlo-
en, wie dem
eruchen, zu
en, gelinst
einer Stad-
nden Folgen

leitung im
Veranst
ML pro Tag
nd des Be-
und be-

af bei einer
ie Regierung
erikanischen
ten, das Er-

ntsch-amerika-
seht werden
llte hier nur
biverständlich
igen Staat
ie Umstände
mehr, als sich
beramwilt
-amerikanische
würde, so
se Leute
ittliche Markt
e Vereinigung
h des Krisen-
wenig man
Nationalbund
schab.

eramerikanische
d organisi-
seht gefast
geklärt hat
sich auch bei
sich Arbeiter
Blümann.

Werte für die vollwertigen Arbeiter 10 Prozent Lohn-
erhöhung, während die anderen Kollegen leer ausgingen.
In der Versammlung am 21. August wurde Kollege
Klipp beantragt, Schritte zu unternehmen, um auch die
angeschlossenen Kollegen in den Genuß der Lohnerhöhung zu
bringen. Daß der Gemeinderat Arbeiter, welche schon 20 bis
25 Jahre ihre Kräfte der Gemeinde geopfert haben und dabei alt
und grau geworden sind, als minderwertig bezeichnet, wurde als
unethische Härte scharf gerügt. Dem Gemeinderat geht auch sonst
jedes soziale Empfinden ab. Das beweist der Umstand, daß dem
Familienvater, einem Familienvater von 6 Kindern, trotz mehr-
maliger weitergehender Anträge nur 800 M. Monatsgehalt zu-
gespritzt wird. Energetische Schritte sind eingeleitet, um diesen Miß-
ständen abzuhelfen.

Bischofswerda. Die Stadtgemeinde gehört dem Arbeitgeber-
verband sämtlicher Gemeinden nicht an. Seit Gründung der
Stadterhebung im April 1919 hat sich der Verband ununterbrochen bemüht,
einen Tarifvertrag für die Gemeindegewerkschaft abzuschließen. Im
September 1919 war zwar über einen Tarif verhandelt worden,
der Bürgermeister hat aber die Unterschrift nicht vollzogen. Des-
wegen bezahlte der Stadtrat die Gemeindegewerkschaft um 60 bis
70 Pf. und die Notstandsarbeiter bis zu 1 M. pro Stunde niedriger
als die übrigen Gemeinden. Wir haben dann durch den Schlich-
tungsausschuß zu Vauken am 21. Juni 1920 erreicht, daß der Stad-
trat zu Bischofswerda verpflichtet ist, mit unserer Organisation einen
Tarifvertrag abzuschließen. Der Stadtrat sagte auch zu, diesen
neuen Tarifvertrag so schnell als möglich zum Abschluß zu bringen.
Verhandlungen am 17. Juli brachten aber wenig Zugeständnisse.
Der Stadtrat erklärte, aus finanziellen Gründen nicht in der Lage
zu sein, die hohen Löhne der übrigen Gemeinden zu zahlen. Um
dies schließlich zu einem Tarifvertrag zu kommen, haben wir den
einigen Zugeständnissen zugestimmt. — Nachdem in Uebereinstimmung
mit dem Schiedsgericht, welches auch die Forderung ein, den
Gemeindegewerkschaften eine Lohnerhöhung von 50 Pf. pro Stunde zu
gewähren. Das lehnte der Stadtrat rundweg ab mit dem Ver-
weilen, die Stadt habe kein Geld. Am 7. August traten die Bau-
arbeiter in Bischofswerda in den Streik, da sie ihren Tariflohn
nicht erhielten. 13 unserer Kollegen, welche als Notstandsarbeiter
auf den Bauern, die die Gemeinde baut, beschäftigt sind, wurden
in Willenshaft gezogen. Einige Tage darauf wurde unsere
Organisation vom Stadtrat gefragt, welche Stellung wir dazu ein-
nehmen. Die Organisation erklärte, daß wir unsere Forderung von
50 Pf. pro Stunde aufrechterhalten und daß es noch dahingestellt
ist, ob die Gemeindegewerkschaft nicht ebenfalls in den Streik eintreten.
Am nächsten Tage, am 12. August, schickte der Stadtrat zwei Ge-
meindegewerkschaften in des Dreederer Bauwerk, um noch einmal die
Eingabe der Organisation zu erfahren. Darauf hat die Organi-
sation im Einvernehmen der Arbeiter folgende Forderungen auf-
gestellt und nachfolgende Erklärung an den Stadtrat gesandt: „Auf
Wunsch des Stadtrats zu Bischofswerda gibt der Verband der Ge-
meinde- und Staatsarbeiter, Organisation Dresden, nachstehende Er-
klärung ab: Grundsätzlich war die Gemeindegewerkschaft zu Bischofs-
werda an dem Streik nicht beteiligt, da jedoch bis jetzt 13 Kollegen
in Willenshaft gezogen und die Lage sich dadurch noch verschärft,
so werden 15 bis 20 Gemeindegewerkschaften durch diesen Streik arbeits-
los werden. So leben wir unter Zwangung, folgende Forderungen
an den Stadtrat zu Bischofswerda zu stellen: 1. Beschäftigung
sämtlicher Gemeindegewerkschaften, einschließlich der Notstandsarbeiter,
welche durch den Streik in Willenshaft gezogen sind, auf anderen
Arbeitsstellen der Gemeinde. 2. Bezahlung der Streiklöhne. 3. Eine
Lohnerhöhung um 50 Pf. pro Stunde in allen Lohnklassen. 4. An-
nahme des Reichsmanteltarifs, welcher mit dem Arbeitgeberverband
sämtlicher Gemeinden abgeschlossen worden ist. Unsere Forderungen
beruhen wir damit, daß die Bauarbeiter bereits einen Stunden-
lohn von 4,00 M. für Maurer und 4,20 M. für Bauhilfsarbeiter
erhalten, und jetzt die Maurer 5,40 M. und die Bauhilfsarbeiter
4,20 M. pro Stunde fordern. Die Gemeindegewerkschaft zu Bischofs-
werda erhalten: Handwerker 3,00 M., angelernte Arbeiter 3,80 M.
und die ungelerneten Arbeiter 3,70 M., den Arbeitsfrauen der
Gemeinde zahlt man nur 1,50 M. die Stunde. Weiter ist zu be-
merken, daß es der Willenshaft der Gemeinde Bischofswerda
durch ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, dem Verband der
Gemeinde- und Staatsarbeiter, noch nicht gelungen ist, trotz An-
trag des Schlichtungsausschusses und gültigem Erlaß, einen
Tarifvertrag mit der Stadtgemeinde zu Bischofswerda abzuschließen.
Somit ist die Gesundheit der Gemeindegewerkschaft sowie der zuständigen
Organisation zu Ende ist, richten wir an den Stadtrat das
nachstehende Ersuchen und bis spätestens 16. August
1920, früh 7 Uhr, über die Annahme unserer Forderungen Mit-
teilung zu liefern, und verzicht sonst werden wir die Verant-
wortung ab, welche daraus entsteht, wenn der Stadtrat zu Bischofs-
werda die Forderungen der Gemeindegewerkschaft ablehnt.“ Auf
dieses Schreiben erteilte der Stadtrat am 15. August die Antwort,
daß er die Forderungen ablehnt. Nachdem wir am 16. August nach-
mals mit dem Rat ohne Erfolg verhandelt hatten, wurde am
selben Abend der Streik mit 40 gegen 7 Stimmen von 60 be-
teiligten Gemeindegewerkschaften beschlossen. — In einer weiteren
Verhandlung wurde dann über nachstehende Beschlüsse der städti-

chen Kollegen verhandelt: 1. Das Kollegium beschließt hierauf
einstimmig, vom 1. August 1920 an den Gemeindegewerkschaften 80 Pro-
zent des in Bischofswerda jeweils gültigen Bauarbeitertarifs zu ge-
währen. 2. Arbeiten auf anderen Bauplätzen als an dem städti-
schen Grundstücken ausführen zu lassen. 3. Bezahlung etwaiger
Streiklöhne abzugeben. 4. Die Annahme des Reichsmanteltarifs
abzulehnen. Nach längeren Verhandlungen haben wir die von den
städtischen Kollegien gefassten Beschlüsse angenommen, haben aber
ausdrücklich erklärt, daß wir sie nur annehmen, um die Stadt sowie
die Arbeiter vor den weiteren Folgen zu bewahren. — Es ist somit
festgelegt worden, daß die Gemeindegewerkschaften 80 Pro-
zent des Bauarbeiterlohnes erhalten, somit die Handwerker 4,32 M., die un-
gelerneten Arbeiter 4,08 M. pro Stunde, für die Notstandsarbeiter
werden 10 Pf. pro Stunde weniger gezahlt, für die Frauen kommt
wir leider eine Lohnerhöhung nicht zu erreichen. Die Löhne sollen
jedoch erst dann rückwirkend ab 1. August 1920 gezahlt werden,
wenn der Streik der Bauarbeiter mit Erfolg beendet ist. Wir
haben uns energisch dagegen gewendet und die Auszahlung des
höheren Lohnes sofort gefordert, aber auch hier war ein Entgegen-
kommen nicht zu verzeichnen. Weiter ist noch zu erwähnen, worden,
daß sämtliche Gemeindegewerkschaften voll beschäftigt werden, da die Ar-
beitszeit bereits auf 24 Stunden herabgesetzt worden war, auch soll
ein Teil der Notstandsarbeiter sofort wieder eingestellt werden, der
durch den Streik in Willenshaft gezogen ist. Gleichzeitig wurde
der Tarif unterschrieben. Die Kollegenschaft wird aber aus dem
Kampf gelernt haben, daß es heißt, treu zur Organisation zu halten.

Hattungen-Nuhr. In der Mitgliederversammlung am 28. August
in Linden referierte Kollege Cappel über die Zusammenfassung
der Betriebsräte und hob die Betriebsrätekonferenz des Verbandes,
welche zum 12. September für ganz Rheinland und Westfalen nach
Duisburg einberufen ist, als besonders wichtig hervor. Unter Ver-
schiedenheit wurde u. a. ein Protest beschlossen gegen die unter-
schiedene Lohnerhöhung der Gemeindegewerkschaften von Linden-Tahl-
hausen. Die nächste Versammlung findet am 25. September, nach-
mittags 6 Uhr, im Lokal Kerling, Hattungen, Sprachbühnen
Straße, statt.

Lüneburg. Am 22. August brach plötzlich ein Streik der
städtischen Arbeiter aus. Der Magistrat hatte wirklich
alles getan, um die Arbeiter zum Aushalten zu reizen. Durch
Eingreifen des Gauleiters wurde der Streik am 24. August auf-
gehoben. Vom 1. August ab erhalten die ungelerneten Arbeiter
eine Zulage von 65 Pf., angelernte und gelernte Arbeiter von
40 Pf., Arbeiterinnen von 20 Pf. und Jugendlichen von 10 Pf. pro
Stunde. Die ungelerneten Arbeiter haben am besten abgefunden,
denn der Unterschied aber auch zu groß. Am schärfsten
wirkte in diesem Streik wohl die Pfälzenabfuhr. Ob hier das
Vergertum, das eine Gegenaktion plante, die Kugel abgehoht hätte?
Im übrigen haben sich unsere Kollegen während des Streiks
mühsamer betragen. Das Wasserwerk war im beschränkten Um-
fange im Betrieb erhalten, vom Kraftwerk erhielt nur das Kranter-
haus Licht. Die übrigen Betriebe ruhten vollständig. Im Juni
hatten die Arbeiter die Forderungen gestellt. Anfang Juli wurden
die Verhandlungen statt. Das Resultat war, daß die Kinder-
zulagen um 5 Pf. erhöht (von 15 auf 20 Pf.) wurden. Dann
zahlte der Magistrat für jedes Kind eine einmalige Beihilfe von
100 M. Somit wurde aber jede Lohnzahlung abgelehnt. Vor dem
Schlichtungsausschuß war, wie vorausgesehen, nichts herauszu-
holen. Die Arbeiter riefen den Zentralausschuß in Berlin an.
Der Magistrat war damit einverstanden, wenn von den Arbeitern
die Zustimmung gegeben wurde, diesen Schiedspruch anzunehmen,
im anderen Falle die Inanspruchnahme des Zentralausschusses
keinen Wert hätte. Das lehnte die Zillleitung ab. Und so kam
der Streik. Die Kollegen werden aus dem Verlauf des Kampfes
den Wert des einigen Zusammenhaltens erkannt haben. Sie
werden aber auch gelernt haben, daß strategische Fehler immer
nachteilig für die Arbeiter sind. So mancher Erfolg geht dadurch
verloren. Der Magistrat jedoch dürfte gelernt haben, daß die Ar-
beiter nicht willenlos wie früher sich von oben alles aufzupropfen
lassen. Der Magistrat handelte nicht im Interesse der Allge-
meinheit, als er den Streik verschuldete, der für die Einwohner
der Stadt und zum Teil auch des Landes, recht unliebsame Er-
scheinungen zur Folge hatte. Die hier gemachten Fehler müssen
in Zukunft vermieden werden.

Bittau. In der Mitgliederversammlung am 26. August be-
richtete Kollege Kränzel über das Bezirksfest in Bittau. Das
Gewerkschaftshaus, der „Schwarze Adler“, wurde am 1. Juli gekauft
für 235.000 M. mit 50.000 M. Anzahlung. Eine Anzahlung von
35.000 M. soll abgetragen werden. 23.000 M. sind vorhanden für
bauliche Umänderungen. Für Kaufgebid müssen 7 Pro-
zent Zinsen bezahlt werden. Darum ist es Pflicht jedes Kollegen, die Anteil-
nahme zu 5 und 50 M. zu kaufen. Ein Antrag, sich mit der Ab-
schaffung der Streikunterstützung durch den Hauptvorstand einver-
stehen zu erklären, wurde angenommen. Zum Lohnstarif wurde
beschlossen, zu verlangen: der Lohnstarif mit der Kinderzulage
soll bestehen mit einer 20prozentigen Lohnerhöhung. Kollege
Prokauer ersuchte dann den Verbandstaler zu 5 M. zu
kaufen, auch den Manteltarif für 20 Pf.

Verbandstell

Kartellvertrag.

Zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin, Musterhaufener Straße 15, und dem Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Berlin, Kantstr. 1, wird nachstehender Kartellvertrag abgeschlossen:

I. Für die im Arbeiterverhältnis stehenden Angehörigen einer Berufsfeuerwehr in staatlichen oder kommunalen Betrieben ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, für die im Angestelltenverhältnis stehenden Feuerwehrmänner der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner die zuständige gewerkschaftliche Organisation. Beide Organisationen verpflichten sich, die vereinbarten Verbegebiete innezuhalten.

II. Während der Uebergangszeit soll kein Zwang ausgeübt werden, doch ist anzustreben, daß bis zum 1. Oktober 1920 die vorstehenden Vereinbarungen durchgeführt sind. Den im Arbeiterverhältnis stehenden Mitgliedern des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, die zum Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter übertraten, werden die in der früheren Organisation geleisteten Beiträge in der Weise angerechnet, daß die Beitragssummen ermittelt und in Wochenbeiträgen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter umgerechnet werden. Sollte zwischen den deutschen Gewerkschaften allgemein ein anderer Umrechnungsmodus festgelegt werden, so gilt dieser dann auch für Übertritte der in Arbeit stehenden Berufsfeuerwehrmänner zu anderer Organisation.

III. Das Radvergen "Die Berufsfeuerwehr" wird von dem Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner auf Wunsch den örtlichen Gruppen zum Selbstkostenpreis geliefert, etwa auf jede örtliche Gruppe 1-10 Exemplare (für je 10 Mitglieder 1). Die Kosten hat die örtliche Verwaltung zu tragen.

IV. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner für die in den industriellen Privatbetrieben Beschäftigten als zuständige Gewerkschaft anerkennt und nachdem der Verbandstag des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner seine Zustimmung zu demselben gegeben hat.

V. Falls besondere Abmachungen zwischen den bestehenden Eigenorganisationen getroffen werden, ist das Abkommen diesen Abmachungen entsprechend anzupassen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Verbandsvorstand: gez. A. Hofmann.
Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner.
Der Vorstand: gez. P. Neumann.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Wir weisen nochmals auf die Dringlichkeit der Bestellungen auf den Notisakalender 1921

Hin. — Preis für Mitglieder 5,00 Mf. — Einige größere Filialen haben überhaupt noch keine Bestellung aufgegeben und können, wenn die Auflage vergriffen, dann nicht berücksichtigt werden.

Die Einberufung des Bahirefaktats über die Wahlen zum 1. Kongreß der Betriebsräte durch die Gauleiter bis zum 20. September einschließlich der von der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für die Delegierten verlangten Angaben bringen wir hierdurch in Erinnerung.
Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung des Verbandsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende Christian Lang wohnt nicht Wilhelmstr. 61, wie es in Nr. 86 der "Gewerkschaft" heißt, sondern Stuttgart-Gaunstadt, Wilhelmstraße 61.
Der Verbandsausschuß.

Rundschau

Wichtige Entscheidungen über den Steuerabzug. Unterem 7. Juli wandte sich unsere Münchener Gauleitung lehrerbedürftig an das Reichsfinanzministerium wegen der Steuerabzüge, die bei rückwirkenden Lohnzahlungen vorgenommen wurden. Die unrecht die bisherigen Behörden hatten, die nach dem 25. Juni 1920 ausbezahlten Beträge, rückwirkend bis April und Januar mit dem Steuerabzug zu belasten, bereit nachfolgendes vom Reichsfinanzministerium unterem 21. Juli 1920 empfangene Antwortschreiben:

Nach der Verordnung vom 21. Mai 1920 — Reichs-Gesetzblatt Nr. 118 — unterliegen alle am 25. Juni 1920 und später fällig werdende Gehälter, Löhne usw. dem 10prozentigen Steuerabzug. Die Absicht der Bestimmungen über den Steuerabzug ging aber im allgemeinen nur dahin, Löhne, die für in den Monat Juni fallende Leistungen gewährt worden sind, zu erfassen. Ich habe mich daher damit einverstanden erklärt, daß Vergütungen, die für eine frühere Zeit nachgezahlt worden sind, vom Abzug frei bleiben. Gehälter, Löhne usw., die bereits vor dem 25. Juni 1920 fällig geworden sind, unterliegen auch dann nicht dem Steuerabzug, wenn ihre Zahlung aus irgendeinem Grunde erst am 25. Juni 1920 oder später erfolgt ist.

In Vertretung: Moosle.

Eine gleiche Entscheidung hat das preussische Finanzministerium gefällt. Auf Anfrage unserer Gauleitung Brandenburg erfolgte am 28. August folgende Antwort:

Nach der Verordnung vom 21. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 118) unterliegen alle am 25. Juni 1920 und später fällig werdende Löhne usw. dem 10 prozentigen Steuerabzug. Die Absicht der Bestimmungen über den Steuerabzug ging aber im allgemeinen nur dahin, Löhne, die für in den Monat Juni fallende Leistungen gewährt worden sind, zu erfassen. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat sich daher damit einverstanden erklärt, daß Vergütungen, die für eine frühere Zeit nachgezahlt worden sind, vom Abzug frei bleiben. Löhne usw., die bereits vor dem 25. Juni 1920 fällig geworden sind, unterliegen auch dann nicht dem Steuerabzug, wenn ihre Zahlung aus irgendeinem Grunde erst am 25. Juni 1920 oder später erfolgt ist.

Bei unkeredigten Steuerabzügen mögen also die Kollegen ihre Vorgesetzten auf diese Entscheidungen hinweisen.

Briefkasten

Mehrere Artikel und Berichte mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden. Die Redaktion.

Filiale Koblenz

Sucht zum 1. November 1920 einen Ortsbeamten. Erfordert wird nur ein erste Kraft. Bewerber muß mindestens 8 Jahre einer freien Gewerkschaft angehört, rednerische und agitatorische Fähigkeiten besitzen und mit dem Stahlmotoren vollkommen vertraut sein. Dem Bewerbungsverfahren ein kurzer Lebenslauf und Gehaltsanfrage sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Ortsbeamten beizulegen. Probezeit vom 1. November bis 31. Dezember 1920.

Bewerbungsschreiben sind bis zum 25. September 1920 an Gauleiter Dr. Gehms, Düsseldorf, Werthener Straße 30 II, mit der Aufschrift "Bewerbung für Koblenz" zu richten. Die Ortsverwaltung.

Coenliste des Verbandes.

Table with 3 columns listing members of the association, including names, birth dates, and addresses. Columns include: Name, Birth Date, Address. Members listed include: Chert Sprich, Heider, Zimmermann, Hannover, Dettel Bittel, Ollersfeld, etc.

Ihre Ihrem Danken!

Beilage zu Feuilleton des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. K. in Mainz. Verantwortlicher Redakteur: G. Dittler, beide Seiten 50, Musterhaufener Str. 15. Druck: Eduard Koberger und Verlagsgesellschaft, beide Seiten 50, Berlin SW. Nr. 10, 100 100 100.